

Bürgermeister Herbert Nerb unter Beschuss

Kritik bei Bürgerversammlung wegen Baugebiet in Niederstimm: Angst vor mehr Grundwasser Rathauschef: "Zuerst gibt es ein Gutachten"

Niederstimm (smd) Mit einem Fragenmarathon überzogen die Niederstimmer Bürger Manchings Bürgermeister Herbert Nerb (FW) auf der jüngsten Bürgerversammlung. Bis auf den letzten Platz war der kleine Saal in der Gaststätte Kumpf belegt. Stein des Anstoßes für die Besucher der emotional aufgeheizten Versammlung war das geplante Baugebiet West in Niederstimm, das an der Verlängerung der Ortsstraße entstehen soll und von vielen Niederstimmern nicht akzeptiert und gewünscht wird.



Die Anlieger befürchten, dass die Bebauung mit 38 Wohneinheiten - Einfamilienhäuser, Zwei- und Dreispänner mit den damit verbundenen Erdarbeiten - gravierende Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel haben wird. Denn in unmittelbarer Nähe befinden sich Altarme, die bei heftigem Regen viel Wasser führen. Auch das zu erwartende starke Verkehrsaufkommen und die Zerstörung der Landschafts- und Naturidylle ist einigen Anliegern ein Dorn im Auge. "Niederstimm hat genügend Flächen zum Bebauen", meinte ein besorgter Bürger. "Da muss es nicht ein Stück Land sein, das als Rückzugsgebiet für die Vogelwelt dient - direkt vor der Kleingartenanlage."

Rathauschef Nerb kam angesichts der vielen Fragen, die nicht immer ganz fair vorgetragen wurden, mächtig ins Schwitzen. Denn Behauptungen, die nicht der Wahrheit entsprechen, wies Nerb kategorisch zurück. Mit väterlicher Geduld erläuterte er zum x-ten Mal, dass erst ein Gutachten erstellt wird. Wenn keine gravierenden Nachteile für die Anlieger zu erkennen sind, wird sich der Gemeinderat mit dem Antrag einer Bebauung, die nach seiner Ansicht der Ortsentwicklung entgegenkommt und für bezahlbaren Wohnraum sorgt, befassen.

Ein weiterer Punkt war die ständig zugeparkten Straßen rund um das Ärztehaus am Kreisel, vor allem am Grasweg und im Kurvenbereich der Ortsstraße entlang des Hallenbades. Müllabfuhr und Feuerwehr kommen oft nur mit Mühe durch. Nerb entgegnete: "Was sollen wir denn noch alles tun, um dem Chaos Herr zu werden" Die Kommunale Verkehrsüberwachung ist fast ständig im Einsatz. Ergebnis wären Anrufe und E-Mails, die teilweise unter die Gürtellinie gehen.

Ein Lärmschutzwall nach dem Ausbau der B16 für Oberstimm, Niederstimm und Pichl, die Raserei in der Ortsstraße (Tempo 30 wird kaum eingehalten) und die irreführende Bezeichnung der Bushaltestelle Ingolstädter Straße bei Niederstimm waren weitere Kritikpunkte auf der Bürgerversammlung in Niederstimm. Die Bezeichnung soll auf den Ortsnamen umgeändert werden.

Nur kleine Sorgen und Anregungen brachten die Besucher der Bürgerversammlung in Pichl zur Sprache. So wurde bemängelt, dass viele Radwege nicht abgesenkt sind. Ein Anwohner im Kurvenbereich vor der Kirche forderte einen Spiegel. Denn beim Ausfahren aus seinem privaten Grundstück sehe er sich von eilig fahrenden Müttern und Vätern, die ihre Kinder mit dem Auto zum Kindergarten bringen oder abholen, gefährdet. Ein weiterer Bürger monierte, dass nach seiner Ansicht zu wenig Parkplätze entlang des neuen Feuerwehrhauses vorhanden sind, dass trotz des Verbots von offenem Feuer am Schachtweiher gegrillt wird und dass dann auch noch die verbrannte Kohle samt Unrat auf der Liegewiese zurückgelassen wird.

Von Max Schmidner

Donaukurier 30.01.2018

NIEDERSTIMM

erstellt am 30.01.2018 um 18:58 Uhr
aktualisiert am 02.02.2018 um 03:33 Uhr

Mit zweierlei Maß gemessen?

CSU Manching kritisiert Entscheidungen des Gemeinderats

Niederstimm (DK) Um reine Niederstimmer Themen sollte es bei dem Stammtisch gehen, zu dem die Manchinger CSU eingeladen hatte. Da die Themen bei der jüngsten Bürgerversammlung offensichtlich zu kurz gekommen beziehungsweise vom Bürgermeister erst in der Diskussion wahrgenommen worden seien, so die CSU, nutzten viele die Gelegenheit, sich zu informieren, aber auch, um ihren Unmut kund zu tun.

Reizthema war das Baugebiet Niederstimm West, das rund 36 Wohneinheiten auf engstem Raum in das beschauliche Dorf bringen soll. "Kein Wunder, dass die Niederstimmer nicht nur aufgrund des hohen Grundwasserstandes Bedenken äußerten, sondern auch bezweifelten, dass die schmale Straße ohne Bürgersteig geeignet sein soll, ein Baugebiet in dieser Dichte zu erschließen", so die CSU-Ortsvorsitzende Birgid Neumayr in einer Mitteilung. Sie berichtete von den beiden entscheidenden Marktgemeinderatsitzungen im Vorjahr und was die CSU bewog, diesem Bauvorhaben nicht zuzustimmen. Zum einen seien es Bedenken, dass die geplante Tiefgarage zu einer Verdrängung des Grundwassers führt und bei den umliegenden Häusern, die schon lange dort stehen, Schäden verursachen könnte. Das war auch die Hauptsorge der anwesenden Hausbesitzer. Wobei es nicht darum gehe, grundsätzlich Bebauung abzulehnen, machte eine junge Frau in ihrem Redebeitrag deutlich, sondern um eine verträgliche Bebauung.

Kopfschütteln und Spekulationen löste die Tatsache aus, dass in einer Gemeinderatsitzung ein Bauvorhaben einer ansässigen Familie dort abgelehnt wurde, eine Woche später dem Bauvorhaben eines Bauträgers von den gleichen Personen zugestimmt wurde. Die Begründung für die Ablehnung von zwei Wohnhäusern, dass es sich um ein Gebiet "mit besonderer Bedeutung für Ökologie oder Landschaftsbild" handle, habe plötzlich bei dem Vorhaben des Bauträgers keine Rolle mehr gespielt.

Im Gegenteil, dafür soll sogar der Flächennutzungsplan entsprechend geändert werden. "Warum hier mit zweierlei Maß gemessen wird, führte zu - allerdings nicht laut ausgesprochenen - Spekulationen", so die CSU. Aufgrund der Erkenntnisse stelle sich die Frage, ob nicht Marktgemeinderäte bei etwaigen entstehenden Schäden in die Verantwortung genommen werden könnten.

Der vierspurige Ausbau der Bundesstraße 16 im Gemeindegebiet war vor allem deshalb ein Thema, da man sich davon einen wirksamen Lärmschutz erhoffte. Da würden allerdings noch Jahre ins Land ziehen, so die CSU. Ein wichtiges Anliegen sei es, dass die Einfahrtsituation zur A 9 mitgelöst werden müsse. Damit könnten lange Standzeiten verhindert und Unfallgefahren vermindert werden. Bei diesem Thema wusste Neumayr Landrat Martin Wolf und den Abgeordneten Karl Straub (beide CSU) an der Seite der Manchinger CSU. Die Parkplatzsituation beim Ärztehaus und die Realisierung des langen geforderten Anbaues am Feuerwehrhaus in Niederstimm wurden weiter angesprochen.

Donaukurier 16.02.2018

MANCHING

erstellt am 16.02.2018 um 19:05 Uhr

aktualisiert am 19.02.2018 um 03:33 Uhr

Erfolglose Gespräche zu Bauvorhaben

Manchings Bürgermeister Herbert Nerb kontert die Vorwürfe der CSU und verteidigt Beschluss von FW, UW und SPD

Manching (DK) Als "völlig haltlos" bezeichnet Manchings Bürgermeister Herbert Nerb (FW) die bei einem Stammtisch der Manchinger CSU aufgestellten Behauptungen, bei Baugebieten in Niederstimm werde mit zweierlei Maß gemessen (DK vom 31. Januar):

Sowohl das Grundstück des Bauträgers, das mit einem Bebauungsplan überplant werden soll, als auch das Grundstück des genannten einheimischen Bauwerbers, der ein Einzelbauvorhaben über einen Vorbescheid beantragt hatte, liegen laut Nerb im Außenbereich. Da die beiden Vorhaben dem Wohnen dienen, gebe es keine Ausnahmevorschriften, die eine Bebauung ohne Bebauungsplan zuließen. "Um also Baurecht zu schaffen, muss der Flächennutzungsplan geändert und ein Bebauungsplan aufgestellt werden", so Nerb.

Dies ist mit dem Aufstellungsbeschluss vom 26. Januar 2017 geschehen. Wiederholte Male seien dem einheimischen Bewerber Möglichkeiten eingeräumt worden, ebenfalls Baurecht in diesem Bereich zu erlangen. Bereits im September 2012 gab es erste Gespräche wegen einer Überplanung des Bereiches des möglichen Bebauungsplanes "Niederstimm West", an den ein landwirtschaftliches Grundstück des einheimischen Bauwerbers angrenzt. "Leider kam es zu keiner Einigung, da die Vorstellungen des Bauwerbers zu einer nicht erwünschten städtebaulichen Entwicklung geführt hätten. Dies wurde ihm damals ausführlich erläutert", so der Rathauschef. Auch ein weiteres Gespräch im März 2016 brachte keine Einigung.

Nerb erinnert daran, dass nochmals versucht wurde, den Bauwerber einzubeziehen, nachdem der aktuelle Vorhabenträger für das potenzielle Baugebiet "Niederstimm West" feststand, und an ein Gespräch Ende Dezember 2016 mit den Fraktionssprechern, dem Vorhabenträger und dem Bauwerber, wobei erneut eine Beteiligung angeboten wurde. Das Resultat: "Es blieb bei der ablehnenden Haltung des Bauwerbers."

Die Aufstellung eines Bebauungsplans zieht in der Regel für alle beteiligten Grundstückseigentümer auch Kosten nach sich. Dazu war der Bauwerber laut Nerb nicht bereit. Da Flächenabzüge und Kosten alle Grundstückseigentümer als Solidargemeinschaft treffen, könne sich nicht ein einzelner diesen Notwendigkeiten entziehen. Nerb betrachtet dies gegenüber allen bisherigen Bauwerbern als "unfair, ungerecht und kaum vertretbar. Somit kann die Behauptung, dass der Bauwerber benachteiligt wurde, so nicht stehenbleiben."

Zum Bebauungsplanverfahren erklärt Nerb, dass der Aufstellungsbeschluss den Startschuss für das Verfahren darstellt. Im Verfahren bringen sowohl die Fachbehörden als auch die Öffentlichkeit ihre Anregungen und auch Bedenken ein. "Manchmal ergeben sich Punkte, die so schwerwiegend sind, dass das Verfahren nicht fortgesetzt werden kann."

Die von der CSU angesprochene Hoch- und Grundwasserthematik wurde nach den Worten des Manchinger Bürgermeisters sehr wohl ernst genommen und in Vorgesprächen immer wieder thematisiert. Insbesondere sei der Vorhabenträger aufgefordert worden, ein Gutachten erstellen zu lassen. Dieses liegt mittlerweile vor und wurde vom Wasserwirtschaftsamt geprüft. Negative Auswirkungen auf die Umgebungsbebauung sind laut Gutachten nicht zu befürchten. Für das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt sei das Ergebnis des Gutachtens plausibel und nachvollziehbar.

Die von der CSU zitierten Flächen "mit besonderer Bedeutung für Ökologie oder Landschaftsbild" sollen im Flächennutzungsplan angepasst werden. Der Markt Manching habe sich zu diesem Schritt entschlossen, um dem steigenden Siedlungsdruck nachzukommen. Im Bauleitplanverfahren sei es durchaus denkbar, dass etwa die Untere Naturschutzbehörde Auflagen verlangt, insbesondere für die im Flächennutzungsplan dargestellte "Fläche mit besonderer Bedeutung für Ökologie und Landschaftsbild". Auch könnten andere Träger öffentlicher Belange Ähnliches fordern. Dies werde sich im Laufe des Verfahrens zeigen.

Die Gemeinde kauft laut Nerb regelmäßig Flächen, um für ihre Bauleitplanverfahren Ausgleichsflächen zur Verfügung zu stellen und damit genau solche Fallkonstellationen zu lösen. Zudem sei dies nicht die erste Fläche mit besonderer Bedeutung für Ökologie oder Landschaftsbild, die in eine Wohnbaufläche umgewandelt wurde. In der vorletzten Wahlperiode unter einem CSU-Bürgermeister sei diese Vorgehensweise in Niederstimm nördlich der Realschule praktiziert worden. "Somit sind die Vorwürfe der CSU-Fraktion gegen die anderen im Manchinger Gemeinderat vertretenen Fraktionen (FW, SPD, UW), mit zweierlei Maß zu messen beziehungsweise einen Bauträger vor einem Einzelbewerber bevorzugt zu behandeln, völlig haltlos", stellt Nerb klar.

Donaukurier

Schlechte Stimmung im Rathaus: Gegenseitige Schuldzuweisungen

Lautstarke Auseinandersetzung im Manchinger Gemeinderat

Von Bernhard Pehl

Manching (DK) Die besten Freunde waren sie ja noch nie, Manchings Bürgermeister Herbert Nerb (FW) und CSU-Fraktionschefin Birgid Neumayr – und dass sie es irgendwann nochmal werden, scheint nach der jüngsten Gemeinderatssitzung ziemlich unwahrscheinlich. Beim vorletzten Punkt der Tagesordnung wurde es sogar ziemlich laut im Sitzungssaal.

Unter „Wünsche und Anfragen“ wollte Neumayr wissen, was der Sachstand bezüglich der 2018 gesammelten Unterschriften gegen das Bauvorhaben Niederstimm-West sei und ob schon mit der Eigentümergemeinschaft Oberstimm wegen der Aufstellung eines Bebauungsplans dort gesprochen wurde. Beides verneinte Nerb. Schließlich wollte sie wissen, wann der Antrag der CSU Manching vom September 2017 behandelt wird, den gemeindlichen Bauhof um Hallenflächen zu erweitern, um alle externen Lagerflächen an einem Ort zu zentrieren und Ersatznutzungen für die bisherigen Gebäude zu finden. Laut Neumayr gibt es nach der Geschäftsordnung eine Frist von drei Monaten, „an die sich auch der Manchinger Bürgermeister halten muss. Die CSU-Fraktion beweist ja wirklich Geduld, die aber auch irgendwann am Ende ist.“

Grundsätzlich gebe es diese Frist, so Nerb. „Anträge zu größeren Projekten können aber natürlich aufgrund der Komplexität und der hohen Investitionskosten nicht in dieser Zeit komplett bearbeitet werden.“ Eine „Zeitverlängerung“ werde den Gemeindeverwaltungen regelmäßig durch die Rechtsprechung zugestanden, was im Gemeinderat bekannt sei. Die Vorbereitung der Konzept-

tion zur Erweiterung des Bauhofs (Lagerhallen der kommunalen Fahrzeuge und Geräte neben der Kläranlage) sind laut Nerb „natürlich in Arbeit“, wie auch im Manchinger Anzeiger ersichtlich, die Planungskosten im Haushalt 2019 eingestellt.

Nicht verwechselt werden darf dabei der Bauhof mit dem Wertstoffhof neben der MEWA. Laut Abfallwirtschaftsbetriebe des Landratsamts Pfaffenhofen soll noch im Frühjahr die Anlieferung des Rasenschnitts verbessert werden, die Ausschreibungen laufen derzeit.

Im Kern geht es bei dem Konflikt um die personelle Situation im Rathaus und vor allem im Bauamt. Nach Neumayrs Darstellung sei der Gipfel von Nerbs Aussage gewesen, dass sie, die Fraktionssprecherin, für die schlechte Stimmung im Rathaus verantwortlich sei. Dagegen verwahrte sich Birgid Neumayr: Schließlich sei nicht sie, sondern er als Bürgermeister Leiter der Verwaltung und damit in Personalverantwortung. Inwiefern sie so einen großen Einfluss auf die Mitarbeiter im Manchinger Rathaus haben könnte, entziehe sich ihrer Kenntnis.

Anders dagegen Nerb: Er habe nur deutlich gemacht, dass „stetiges Nachfragen und immer wieder geforderte zusätzliche unnötige Ausarbeitungen“ die Verwaltung an den Rand ihrer Kräfte bringe und dies natürlich eine schlechte Stimmung hervorrufe. Dies besonders im Bauamt, das wegen schwerer Erkrankungen und andauerndem Fachkräftemangel seit fast einem Jahr anstatt mit 5 nur mit 2,5 Technikern arbeite. Großprojekte wie Neubau Wasserwerk, Generalinstandsetzung Grundschule Lindenkreuz sowie Neubau In-

golstädter Straße müssten bewältigt werden, kleinere Projekte verschoben sich deshalb natürlich nach hinten. „Da dies allen Gemeinderäten hinreichend bekannt ist, ist es umso trauriger, dass Einzelne immer wieder die verbleibenden Mitarbeiter mit spitzen Fragen nach noch unfertigen Vorhaben konfrontieren.“

Abgesehen von dieser Auseinandersetzung wurden im Manchinger Gemeinderat auch Sachentscheidungen getroffen. Im Rahmen der Generalsanierung der Schule im Lindenkreuz entschied sich das Gremium für einen Aufzug mit Glaskabine für zehn Personen – höhere Traglast und helleres Treppenhaus. Wie viele andere Gemeinden wird sich auch der Markt Manching ab 2021 nicht mehr am Leader-Projekt beteiligen, weil der bürokratische Aufwand in keinem Verhältnis zur Fördersumme steht.

Trotz einiger Bedenken im Bauausschuss stimmte der Gemeinderat dem Airbus-Antrag auf Bau eines Parkhauses zu. Das immerhin 100 Meter lange und 50 Meter breite Gebäude mit vier Parkgeschossen soll hinter den Besucherparkplätzen bei der zweiten Einfahrt entstehen, wo direkt am Haupteingang täglich rund 4000 Beschäftigte das Werk betreten. Die Vorteile: zentrale Lage, kurze Wege und Möglichkeiten der Erweiterung.

Gegen die Stimmen von Fraktionschefin Neumayr und ihrem Stellvertreter Hans Huber beschloss der Gemeinderat die Aufstellung eines Bebauungsplans Pichl-West II mit rund fünf Hektar Fläche mit gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplans. Die Ausweisung von zusätzlich 1,2 Hektar Bauland – an den Feldweg von Oberstimm nach Pichl angrenzend – war den beiden schlichtweg zu viel. Geplant sind Grundstücke mit 400 bis 600 Quadratmetern mit Einzel- oder Doppelhäusern, die in einem Baulandmodell vergeben werden sollen.

„Unsere Geduld ist irgendwann auch mal am Ende.“

Birgid Neumayr, CSU